



REPUBLIK ÖSTERREICH  
DER BUNDESMINISTER FÜR  
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR  
DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

II-2681 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2  
Tel. (0222) 73 75 07  
Fernschreib-Nr. 111800  
DVR: 0090204

1092/AB

1987 -12- 21

zu 1109/J

Zl. 5931/26-Info-87

ANFRAGEBEANTWORTUNG  
betreffend die schriftliche Anfrage  
der Abgeordneten Dr. HAIDER, Dr. KRÜNES und  
Dr. FRISCHENSCHLAGER vom 27. Oktober 1987, Nr. 1109/J  
"Neuerliche Zuschüsse für die verstaatlichte Industrie"

Zu Frage 1: Wird für die geplante Umorganisation der verstaatlichten Industrie ein neuerlicher Staatszuschuß erforderlich sein ?

Die derzeit in Vorbereitung befindlichen gesellschaftsrechtlichen Neuordnungen im Bereich der verstaatlichten Industrie machen es erforderlich, Kapitalzuführungsbeschlüsse, die ursprünglich erst im Laufe des Jahres 1988 gefaßt werden sollten, zeitlich vorzuziehen. Eine Erhöhung des Gesamtvolumens der erforderlichen Finanzierungen ergibt sich aber daraus nicht.

Zu Frage 2: Können Sie insbesondere die Inanspruchnahme der Bundeshaftung für Kredite verstaatlichter Betriebe aus dem Titel der seinerzeitigen "Salcher-Erklärung" ausschließen ?

Eine Inanspruchnahme der Bundeshaftung für Kredite von Unternehmen der ÖIAG-Gruppe aus dem Titel der seinerzeitigen "Salcher-Erklärung" ist auszuschließen, da diese keine Haftungserklärung ist. Diesbezüglich verweise ich auch auf die schriftliche Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 175/J-NR/1983, betreffend Garantieerklärung des Bundesministers für Finanzen für die verstaatlichte Industrie, durch den damaligen Bundesminister für Finanzen.

Wien, am 18. Dezember 1987  
Der Bundesminister: